

Ein Prozent des Nachtragshaushalts geht an die Polizei

Die Polizei erhält noch in diesem Jahr vom Land 15 Millionen Euro zusätzlich. Das geht aus dem Entwurf für den Nachtragshaushalt für 2017 hervor, den die neue schwarz-gelbe Landesregierung Mitte September in den Landtag eingebracht hat. Für die GdP ist das ein erster Schritt zur Stärkung der Polizei. Gemessen am Gesamtvolumen des Nachtragshaushalts von 1,55 Milliarden Euro fällt der Anteil der Polizei mit gerade einmal einem Prozent trotzdem bescheiden aus. Vor allem bei der Personalausstattung wäre mehr möglich gewesen.

Das zeigt auch ein Blick auf die Details: Von den 15 Millionen Euro für die Polizei werden 1,5 Millionen Euro für die Finanzierung der 300 zusätzlichen Kommissaranwärterinnen und -anwärter gebraucht, die bereits am 1. September ihr Bachelor-Studium begonnen haben, bislang aber noch als Angestellte und nicht als Beamte auf Widerruf beschäftigt sind. Weitere 1,2 Millionen Euro werden benötigt, weil das Land 118 zusätzliche Stellen zur Terrorabwehr schaffen will. Zehn Millionen will die Landesregierung nutzen, um über eine Ein-

malaktion einen Teil des gigantischen Überstundenbergs bei der Polizei abzubauen. Die übrigen drei Millionen Euro sollen in die technische Ausstattung der Polizei fließen, insbesondere für zusätzliche Geräte für die Fast-ID. Mittel für die zusätzliche Einstellung von Tarifbeschäftigten fehlen dagegen im Nachtragshaushalt. Das ist schon deshalb problematisch, weil die zusätzlichen 300 Kommissaranwärter, die das Land in diesem und in den kommenden Jahren einstellen wird, erst eine dreijährige Ausbildung durchlaufen müssen, bevor sie als Verstärkung zur Verfügung stehen. In den

kommenden drei Jahren müssen die Polizeibehörden in NRW dagegen erneut mit weniger Beamten auskommen.

Im Vorfeld der Haushaltsberatun-

gungen gehen. Bis die Stellen ausgeschrieben und besetzt sind, dürfte die zweite Jahreshälfte 2018 angebrochen sein.

Das ist aus Sicht der GdP auch des-

halb problematisch, weil die Polizeibehörden in NRW in den kommenden Monaten erneut in erheblichem Umfang intern Personal umschichten müssen, um auf die veränderte Bedrohungslage und auf neue Kriminalitätsschwerpunkte zu reagieren. Das gilt auch für die 118 zusätzlichen Stellen zur Terrorabwehr. 98 davon sollen laut Innenminister Herbert Reul



gen hatte die GdP deshalb darauf gedrängt, dass den Polizeibehörden bereits in diesem Jahr die ersten 500 zusätzlichen Stellen im Tarifbereich zur Verfügung gestellt werden, die das Land ab 2018 pro Jahr schaffen will. Dieser Forderung ist die Landesregierung nicht gefolgt. Stattdessen hat sie den 47 Kreispolizeibehörden in NRW in diesem Jahr im Rahmen der aktuellen BKV lediglich 100 der für 2018 angekündigten 500 zusätzlichen Stellen vorab zur Verfügung gestellt. Die übrigen 400 Stellen sollen erst im kommenden Frühjahr nach Verabschiedung des Haushalts 2018 an die

(CDU) dem Verfassungsschutz zugewiesen werden, die übrigen 20 Stellen gehen an den Staatsschutz. Besetzt werden die neuen Stellen zum größten Teil von Polizistinnen und Polizisten, die dafür aus anderen Bereichen abgezogen werden müssen.

Kritisch bewertet die GdP auch die Pläne der neuen Landesregierung, den Überstundenberg bei der Polizei mithilfe einer Sonderaktion abzubauen. „Die Idee, die Überstunden auszu zahlen, ist gut, weil wir dann keine Kolleginnen und Kollegen mehr zwangsweise nach Hause schicken müssen, weil sonst ihre Überstunden

Aller Anfang ist schwer



„Opponieren ist leichter als regieren“, diese alte Erfahrung müssen jetzt auch CDU und FDP machen. „Sicher. Mehr Polizisten. Weniger Einbrecher.“ hatte die CDU vor der Landtagswahl an allen Straßenecken plakatiert. „Nicht mehr Gesetze fangen Verbrecher, sondern mehr Polizisten.“ stand auf den Plakaten der FDP. Jetzt tragen beide Parteien Regierungsverantwortung und wollen den Bürgern beibringen, dass es in NRW erst einmal weniger Polizisten geben wird, statt mehr. In der Öffentlichkeit ist diese Kehrtwende nicht gut angekommen.

Sicher: Die Einstellung von mehr Kommissaranwärterinnen und -anwärtern und von mehr Tarifbeschäftigten bei der

Polizei, zu der sich Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag verpflichtet hat, ist ambitioniert. Am Ende der fünfjährigen Legislaturperiode werden wir in NRW deutlich mehr Polizistinnen und Polizisten auf der Straße haben als heute. Aber erst einmal wird es weiter nach unten gehen. Es wird noch Jahre dauern, bis die versprochene Verstärkung greift. Deshalb müssen CDU und FDP schneller handeln, wenn sie wirklich etwas für die Sicherheit der Menschen tun wollen.

Wenn die neue Landesregierung 1,5 Milliarden Euro in einen Nachtragshaushalt einstellt, dann hat sie auch das Geld, um mit der dringend nötigen Einstellung von zusätzlichen Tarifbeschäftigten bei der Polizei nicht bis Mitte des kommenden Jahres zu warten, sondern die Stellen werden jetzt gebraucht! Das gilt auch für den Überstundenabbau bei der Polizei. Die Idee, Geld in die Hand zu nehmen, um die zum Teil schon zehn Jahre alten Überstunden endlich auszuzahlen, ist gut. Sie trägt mit dazu bei, dass bei der Polizei niemand mehr zwangsweise nach Hause geschickt werden muss, nur weil sonst seine Uraltüberstunden verfallen. Aber warum legt die Landesregierung bei den Stundensätzen nicht eine Schippe oben drauf, damit das Ganze funktioniert? So, wie das bei der Feuerwehr schon einmal vor einigen Jahren funktioniert hat. Das Geld dafür ist da. Das gilt übrigens auch für die längst überfälligen Langzeitkonten für die Polizei. Zusammengekommen würden alle drei Maßnahmen schon jetzt für eine deutliche Entlastung bei der Polizei führen. Und damit für mehr Sicherheit für die Bürger.

Wie heißt es so schön in der Pressemitteilung des neuen Finanzministers Lutz Lienenkämper (CDU) bei der Vorstellung des Nachtragshaushalts? „Mehr Geld für Innere Sicherheit, Kitas und Krankenhäuser“ steht dort in der Überschrift. Dann lasst es uns auch machen!

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

verfallen. Aber die Konditionen stimmen nicht“, sagte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert nach Bekanntwerden des Entwurfs für den Nachtragshaushalt. „Bei elf bis zwölf Euro netto ist die Auszahlung der Überstunden für die meisten Polizisten völlig unattraktiv. Deshalb fordern wir,

dass die Landesregierung zehn Euro pro ausgezahlte Überstunde oben drauf legt. Und wir brauchen endlich Langzeitarbeitskonten bei der Polizei. Das würde nicht nur zu mehr Arbeitszufriedenheit bei den Kolleginnen und Kollegen führen, sondern auch zu einem sinkenden Krankenstand.“

GdP fordert faire Beurteilung von Teilzeit

Nicht nur in der Polizei gehört die im vergangenen Jahr noch von Rot-Grün eingeführte Regelung zur Frauenförderung zu den am stärksten umstrittenen Entscheidungen der früheren Landesregierung. Immer wieder hatte die GdP in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass es in der Polizei bessere Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen geben muss, dass aber die im § 19 Abs. 6 des Landesbeamtengesetzes vorgegebene Quotenregelung der falsche Weg ist. Zielführender wäre es, die Frauenförderung in die Beurteilungsrichtlinien der Polizei zu implementieren.

Für diesen Weg zeigt sich auch die neue Landesregierung offen. Wie berichtet, hat Schwarz-Gelb bereits vor der parlamentarischen Sommerpause einen Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht, um die umstrittene Gesetzesvorschrift wieder zu streichen (DP 8/2017). Bei einer Verbändeanhörung des Landtags Anfang September über die geplante Neufassung des Landesbeamtengesetzes hat die GdP die Entscheidung der neuen Landesregierung noch einmal ausdrücklich begrüßt. Zugleich hat GdP-Vorstandsmitglied Volker Huß aber daran erinnert, dass die Frauenförderung auch nach dem Wegfall der umstrittenen Regelung im Landesbeamtengesetz weiter auf der politischen Tagesordnung bleiben muss.

Einer der Punkte, die aus Sicht der GdP dringend verändert werden müssen, ist die Tatsache, dass Frauen, die wegen der Doppelbelastung von Familie und Beruf Teilzeit arbeiten, bei den Aufstiegsmöglichkeiten bei der Polizei benachteiligt werden. Zudem fordert die GdP, dass in Zukunft auch Begabung, Lebenserfahrung und Persönlichkeitsentwicklung in die Beurteilungskriterien einfließen, damit auch Polizistinnen und Polizisten, die aufgrund ihrer Doppelbelastung durch Beruf und Familie keine lückenlose Berufsvita vorweisen können, eine Führungsfunktion bei der Polizei übernehmen können.



So viele Einstellungen wie noch nie

2300 Kommissaranwärterinnen und -anwärter haben am 1. September ihr Studium zum Polizeivollzugsbeamten in NRW begonnen – so viele wie noch nie. Dass das Land trotz der kurzfristigen Erhöhung der Einstellungszahlen auf genügend gut qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zurückgreifen konnte, liegt auch an den guten Rahmenbedingungen in NRW. Mit der Eingangsbesoldung A 9 und der freien Heilfürsorge. Anders als in anderen Bundesländern muss die Polizei deshalb in NRW ihre Eingangsqualifikationen nicht absenken.

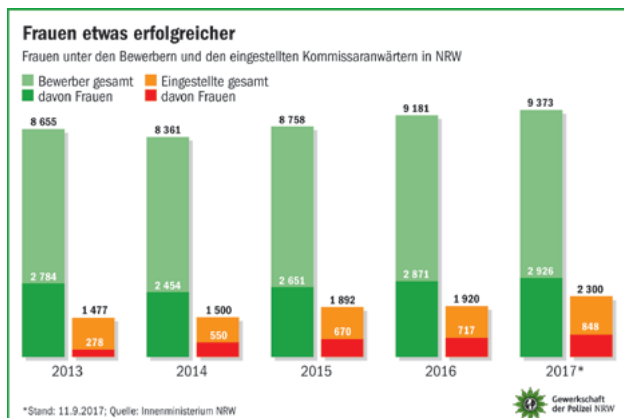
Um auch in Zukunft genügend gut qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu finden, muss die Einstellungskampagne der Polizei in den kommenden Jahren aber neben den Abiturienten verstärkt auch Schulab-

gänger mit mittlerem Bildungsabschluss und anschließender Berufsausbildung ansprechen. Sie sind schon lange bei der Polizei willkommen, nur viele Interessenten wissen das nicht. Und das Auswahlverfahren muss beschleunigt werden.

Anzeige



Fast 9500 Tausend junge Menschen haben sich im vergangenen Jahr für das Einstellungsjahr 2017 bei der Polizei in NRW beworben. 2600 davon haben alle Aufnahmetests mit einem Rangordnungswert von mehr als 85 Punkten erfolgreich durchlaufen. Trotz der Erhöhung der Einstellungszahlen auf 2300 Kommissaranwärterinnen und -anwärter gab es damit auch in diesem Jahr erneut deutlich mehr geeignete Bewerberinnen und Bewerber als Stellen vorhanden sind.



In den vergangenen Jahren lag der Anteil der jungen Frauen, die sich in NRW für eine Ausbildung als Polizistin beworben haben, unter allen Bewerbern bei rund 30 Prozent. Unter allen angenommenen Bewerbern lag ihr Anteil dagegen zwischen 35,4 (2015) und 39,1 Prozent (2013).

A+4

INTERNATIONALE FACHMESSE MIT KONGRESS

- PERSÖNLICHER SCHUTZ
- BETRIEBLICHE SICHERHEIT
- GESUNDHEIT BEI DER ARBEIT

17. - 20. OKTOBER 2017
DÜSSELDORF, GERMANY



DER
MENSCH
ZÄHLT.

**FÜR PERSÖNLICHEN SCHUTZ
GIBT ES NUR EINE LÖSUNG:
DIE BESTE.**

Optimalen persönlichen Schutz gewährleistet nur die richtige Ausrüstung. Alles muss stimmen: Funktionalität, Tragekomfort und Akzeptanz beim Benutzer. Auf der Nr.-1-Fachmesse präsentieren sich die Marktführer mit neuesten Produkten – für den bestmöglichen Schutz von Kopf bis Fuß.

www.aplusa.de/psa



Neuwahlen in den Personengruppen

Die GdP lebt vom Engagement ihrer Mitglieder. Deshalb sind die drei Personengruppen, die Junge Gruppe, die Frauengruppe und die Seniorengruppe so etwas wie das Salz in der Suppe. Denn sie sorgen dafür, dass nicht nur die Kommissaranwärterinnen und -anwärter und die Auszubildenden bei der Polizei von Anfang an die Unterstützung bekommen, die sie für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben brauchen, sondern dass auch die älteren Kolleginnen und Kollegen nach dem Ausscheiden aus der Polizei Kontakt untereinander behalten. Und dass die Interessen der Frauen in der GdP nicht unter die Räder kommen. Für den Oktober haben alle drei Personengruppen zu ihren Landeskonferenzen eingeladen, um einen Vorstand für die kommenden vier Jahre zu wählen und um Anträge für den Landesdelegiertentag zu beschließen.

Landesfrauenvorstand steht vor einem Wechsel an der Spitze

Den Auftakt der drei Personengruppenkonferenzen macht am 5. Oktober die Landesfrauenkonferenz. Unter dem Motto „Eine für alle – Alle für eine!“ werden 130 Teilnehmerinnen nicht nur über die Weiterentwicklung der Frauenpolitik der GdP diskutieren, sondern auch eine neue Landesfrauenvorsitzende wählen. Martina Filla, die 16 Jahre lang mit großem Nachdruck die Interessen der Frauen in der GdP vertreten hat, tritt nicht mehr erneut an.

Einer der Schwerpunktthemen bei der Antragsberatung dürfte die Verhinderung von Altersarmut sein. Der Landesfrauenvorstand fordert in einem Antrag, die Talfahrt des Rentenniveaus zu stoppen. Die drohende Altersarmut entwickelt sich immer mehr zur tickenden Zeitbombe – auch im öffentlichen Dienst. Betroffen von Altersarmut sind vor allem Frauen, weil ihnen durch Kindererziehungszeiten und die Pflege von Angehörigen häufig wichtige Beitragsjahre fehlen. Jahrelange Teilzeitarbeit vermindert ihren Rentenanspruch noch weiter. Zudem haben Frauen noch immer schlechter bezahlte Jobs als ihre männlichen Kollegen. Auch im öffentlichen Dienst. In einem weiteren Antrag werden sich die GdP-Frauen mit der Forderung beschäftigen, die wöchentliche Arbeitszeit für lebensältere Tarifbeschäftigte zu senken, vergleichbar mit den Regelungen, wie es sie bereits für die Beamtinnen und Beamten gibt. Zudem fordert der Landesfrauenvorstand, dass Stellen im öffentlichen Dienst nicht mehr sachgrundlos befristet werden dürfen. Alle noch bestehenden befristeten Stellen bei sollen entfristet werden.

Neue Generation Polizei

Welche Entwicklungen nimmt die Polizei in den kommenden Jahren? Was ist nötig, um die neuen Herausforderungen zu meistern und welche Rolle spielt dabei die Junge Gruppe der GdP? Mit diesen wichtigen und interessanten Fragen beschäftigen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Landesjugendkonferenz vom 13. bis 14. Oktober 2017 in Münster. Rund 90 junge Kolleginnen und Kollegen diskutieren und beraten zwei Tage lang über die Richtung und Schwerpunkte der Jungen Gruppe und wählen einen neuen Landesjugendvorstand für die kommenden vier Jahre.

Schwerpunkt der Diskussionen ist natürlich die perspektivische Ausrichtung der Polizei. Welche technischen Fortschritte sind notwendig, um die neuen Herausforderungen und Aufgaben zu meistern? Wie stellt sich die Polizei personell und organisatorisch in den kommenden Jahren auf? Alles Fragen, die die jungen Leute stark beschäftigen und die sie mit interessanten Referentinnen und Referenten diskutieren werden.

Zudem wird es einen personellen Wechsel an der Spitze der Jungen Gruppe geben. Der bisherige Landesjugendvorsitzende Ernst Herget tritt nach einer erfolgreichen und spannenden Wahlperiode altersbedingt nicht wieder an. Mit Malke Neumann wird sich zum ersten Mal eine Kollegin um dieses Amt bewerben.

Landesseniorenkonferenz berät über hälftige Finanzierung der Krankenversicherung

Die Senioren bilden mit ihrer am 25. Oktober im LAFP in Selm-Bork stattfindenden Landesseniorenkonferenz den Abschluss der drei Personengruppenkonferenzen. Obwohl die Senioren nicht mehr im aktiven Poli-

zeidienst beschäftigt sind, treffen sie sich nicht nur zu gemeinsamen Ausflügen, sondern sie beteiligen sich auch aktiv an den politischen Diskussionen in der GdP. Vor allem dann, wenn es um sozialpolitische Fragen

geht. Das zeigen auch die vorliegenden Anträge für die Landesseniorenkonferenz. So wird beispielsweise in einem Antrag gefordert, dass die derzeit bestehende Verjährungsfrist für die Einreichung beihilferechtlicher



Anträge von einem Jahr auf drei Jahre erhöht wird. Die Senioren sprechen damit ein Problem an, das nicht nur die älteren Mitglieder beschäftigt, sondern auch die Verwaltungsbeamten bei der Polizei. Zwei weitere Anträge zielt darauf ab, dass die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenver-

sicherung und zur Pflegeversicherung auch für Rentnerinnen und Rentner zur Hälfte von der Deutschen Rentenversicherung übernommen werden sollen, so wie das bei noch im Berufsleben stehenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Fall ist. Weil der Antragsschluss für

die Bundesseniorenkonferenz bereits am 6. Oktober und damit vor der Landeseniorenkonferenz liegt, wurden beide Anträge durch die Antragsberatungskommission bereits an den Bundesvorstand weitergegeben. Dadurch können sie auch auf der Bundesebene beraten werden.



NRW bleibt bei seiner Deeskalationsstrategie

Auch nach dem Regierungswechsel in Düsseldorf bleibt die Polizei in NRW bei politischen Demonstrationen bei ihrer Deeskalationsstrategie, das hat sich Ende August eindrucksvoll im rheinischen Braunkohlerevier gezeigt, als rund 6000 Klimaschützer ein Ende des Braunkohletagebaus gefordert haben. Sorge hatte der Polizei im Vorfeld der Demonstrationen vor allem die Ankündigung des Bündnisses „Ende Gelände“ bereitet, die Braunkohlebagger zu besetzen und die Bahnstrecken zu den Kraftwerken zu blockieren. Am Ende musste die Polizei zwar mehrere Hun-

dert Demonstrationsteilnehmer vorübergehend festnehmen, weil sie auf das weiträumige Abbaugelände vorgezogen waren, Bagger besetzt und Gleise blockiert hatten, trotzdem kam es von wenigen Einzelfällen abgesehen nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Nach Beobachtungen der GdP ist der friedliche Verlauf der Demonstrationen auch auf die Deeskalationsstrategie der Polizei zurückzuführen. GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert, der zusammen mit seinem Vorstands-

kollegen Michael Mertens das Einsatzgeschehen vor Ort beobachtet hatte, lobte das besonnene Verhalten der Polizei. Anders als beim G20-Gipfel Hamburg seien zudem keine Demonstrationen angereist, die massive Gewalttaten geplant hätten. „Wer eine Sonnenbrille trägt, gehört noch lange nicht zum Schwarzen Block. Das hier ist eine ganz andere Klientel als in Hamburg“, betonte Plickert vor Ort. Auch Innenminister Herbert Reul (CDU) zeigt sich mit dem Einsatz zufrieden. „Ich habe den Eindruck, das Einsatzkonzept der Aachener Polizei ist aufgegangen“, sagte er.

Dass der Einsatz während der Braunkohleproteste für viele Kolleginnen und Kollegen in positiver Erinnerung geblieben ist, ist auch dem Betreuungskonzept der GdP zu verdanken. Wie bereits bei anderen Großdemonstrationen der vergangenen Monate hatte der Landesbezirk erneut einen Eiswagen besorgt, um mit Unterstützung der Kreisgruppe Aachen die vor Ort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen mit einer kühlen Erfrischung zu versorgen. Ein Service, der auf viel Lob gestoßen ist.



Erster GdP Golf Cup ein voller Erfolg

Bei bestem Wetter fand am 28. September zum ersten Mal der GdP Golf Cup statt. Auf der Golfanlage Haus Bey im Nettetal lieferten sich 57 Kolleginnen und Kollegen aus ganz NRW ein spannendes Turnier. Achim Blömacher hatte als Turnierleitung den Hut auf und sorgte für einen reibungslosen Spielablauf. Als Schirmherr der Veranstaltung konnte der Landrat Dr. Andreas Coenen aus Viersen gewonnen werden, der die Veranstaltung eröffnete. Nach dem leckeren BBQ fand die lang ersehnte Siegerehrung durch das Vorstandsmitglied Michael Mertens statt. Als Gesamtsieger ging Michael Blömacher aus dem Turnier. Andreas Zimmermann, Holger Hesse und Elke Keulers konnten die Plätze ein bis drei (HCP bis 19,9) für sich beanspruchen. In der zweiten Gruppierung (HCP 20,0 bis 36,0) gewannen Karin Götschel, Bodo Laun und Ingo Wienecke die Plätze eins bis drei.



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1. 10. Emmy Ahrens, Bielefeld
Otto Luckau, Herne
- 6. 10. Hans Meinders, Oberhausen
- 8. 10. Walter Neumann, Duisburg
- 11. 10. Marianne van Bebber,
Gelsenkirchen
- 12. 10. Ilse Pawlak, Bochum
- 19. 10. Elisabeth Kühl, Gelsenkirchen
- 21. 10. Eberhard Ebeling, Marl
- 22. 10. Eva Haumann, Düsseldorf
- 27. 10. Gisela Linnartz, Köln

91. Geburtstag

- 6. 10. Ingrid Lippitz, Hattingen
Anna Mertin, Gütersloh
 - 10. 10. Marga Pletzke, Essen
 - 28. 10. Anneliese Jaworek,
Bad Oeynhausen
- ### 92. Geburtstag
- 7. 10. Josef Schuck, Neunkirchen
 - 12. 10. Irmgard Tümmers, Neuss
 - 14. 10. Marianne Braun, Bonn
 - 26. 10. Gerda Kolb, Selm
 - 31. 10. Gerda Mesenholl, Remscheid
Christina Schleiden, Neuss

93. Geburtstag

- 8. 10. Herta Paula Stobbe, Siegen
- 14. 10. Ilse Klaffke, Gladbeck
- 23. 10. Hermann Kramp, Titz
Kurt Weidenbruch, Wülfrath

- 24. 10. Helene Hoefer, Krefeld
- 28. 10. Ilse Saalfeld, Düsseldorf
Josef Segin, Paderborn

94. Geburtstag

- 18. 10. Wilhelm Arians, Goch
- 21. 10. Günter Beckmann,
Bergneustadt
- 27. 10. Gerda Bendler,
Bergisch Gladbach

95. Geburtstag

- 4. 10. Hans Engels, Krefeld
- 9. 10. Maria Deppe, Köln
- 29. 10. Lucie Stellmacher, Langenfeld

96. Geburtstag

- 2. 10. Ilse Brandes, Wermelskirchen
- 3. 10. Lieselotte Altenhoff, Bochum
- 19. 10. Else Werth, Wuppertal
- 21. 10. Eduard Malberg, Oberhausen
- 23. 10. Barbara Fläschel,
Geilenkirchen

97. Geburtstag

- 21. 10. Gertrud Houben,
Converse/Texas
- 26. 10. Grete Rogall, Wilnsdorf

99. Geburtstag

- 5. 10. Charlotte Majert, Essen

102. Geburtstag

- 15. 10. Else Vierboom, Bochum

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der November-
Ausgabe ist der 6. Oktober.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de





Landesseniorenreise

6. bis 20. März 2018

Hotel Beatriz Costa & Spa**** Lanzarote - Costa Teguisse

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab verschiedenen deutschen Flughäfen
 - Zug zum Flug Ticket in der 2.Klasse
- Transfer vom Flughafen zum Hotel und zurück
- 14 Übernachtungen im Doppelzimmer mit All Inclusive
 - 1 Halbtagesausflug
- Begleitung durch den GdP-Reiseservice

**Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 1.239,-**

Zimmer zur Alleinbenutzung gegen Aufpreis buchbar.

**Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung an oder
besuchen Sie uns auf unserer Internetseite www.gdp-reiseservice.de.**

GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 -44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de



GdP aktiv

4.10., Letzte Mitgliederversammlung der Kreisgruppe AP Münster, 15:30 Uhr, Raum 205, Hammer Straße 234, Münster, Anmeldung erforderlich: gdp.apms@web.de

5.10., Landesfrauenkonferenz „Eine für alle – Alle für eine!“, IG Metall Bildungszentrum, Sprockhövel

9.10., Fusionsversammlung der Kreisgruppen Recklinghausen und Bottrop/Gladbeck, 16:30 Uhr, Kreishaushaus Recklinghausen, großer Sitzungssaal und Mensa, Kurt-Schumacher-Allee 1, Recklinghausen

10.10., Jubilarehrung der Kreisgruppe Dortmund, 16:00 Uhr, Gastronomie Tennis-Club Eintracht Dortmund, Strobelallee 85, alle Jubilare erhalten eine persönliche Einladung

12.10., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Unna, 16:00 Uhr, Buxtorfhaus, Perthesstraße 8, Kamen

13.-14.10., Landesjugendkonferenz „Neue Generation Polizei“, BZ Carl Severing, Münster

19.10., Tarifforum, LAFF, Selm-Bork

19.10., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Minden-Lübbecke, 16:30 Uhr, Landhaus Rohlfing, Bergkirchener Straße 100, Minden

21.10., Variété der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 20:00 Uhr, Festsaal Hotel Franz, Steeler Str. 261, Essen. Kartentelefon: 02 01/8 29-24 08 und -24 80 (Di.-Fr., 09:00 bis 12:00 Uhr)

25.10., Landesseniorenkonferenz „Erfahrung gestaltet Zukunft“, LAFF, Selm-Bork

10.11., 45. Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 20:00 Uhr, großer Saal Stadthalle Mülheim. Programm mit internationalen Künstlern und Live-Band. Karten 17,50 Euro p. P., Tel.: 02 01/8 29-24 04

22.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Kleve, 16:30 Uhr, Hotel Litjes, Pfalzdorfer Straße 2, Goch

29.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Lippe, 15:30 Uhr, Landgasthaus Ellernkrug, Detmolder Straße 315, Lage

Glücksnummern des Monats

45 5186
Roswitha Hausmann, Köln
45 5258
Manuela Grothoff, Olpe
45 4932
Wladimir Weissmann, LKA
45 5262
Uwe Lucas, Münster

Die Gewinner im Oktober erhalten eine GdP Tasche "Hunter".

29.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 13:00 Uhr, Restaurant Vier Jahreszeiten (ehemals Schützenhof), Dammstr. 33, Werdohl

30.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bonn, 14:15 Uhr, Polizeipräsidium, großer Sitzungssaal, Königswinterer Str. 500, Bonn

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

11. Oktober, 12:00 Uhr, Senioren-Herbstwanderung, Altstadtführung in Kupferstadt-Stolberg, Stolberg-Touristik, Ecke Aachener/Zweifaller Straße am Galminusbrunnen, Dauer zwei Stunden, für Rollstuhlfahrer nicht geeignet, Parken im Parkhaus Kaufland, Zweifaller Straße, ÖPNV Haltestelle Stolberg Altstadt

Kreisgruppe Dortmund

13. Dezember, 17:00 Uhr, Senioren-Weihnachtsfeier, Aula des Polizeiprä-

sidioms Dortmund, Markgrafenstr. 102, 44139 Dortmund, Anmeldung bei Michael Murawski, Telefon 02 31/53 21 80 14, Kostenbeitrag 20,00 €

KG Heinsberg

Terminänderung! Das Seniorentreffen muss vom 19. 10. 2017 auf den 9. 11. 2017 verlegt werden, 15:00 Uhr, Gaststätte Dohmen, Hülhovener Straße 92, 52525 Heinsberg-Eschweiler, Bericht über die Landesseniorenkonferenz, Aktuelles aus dem Versorgungs- und Beihilferecht

Kreisgruppe Köln

19. Oktober, 14:00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln, Frau Zernitz-Pahl von der Compass-Private Pflegeberatung gibt Einblicke ihrer Beratungstätigkeit vor einem Pflegefall oder einem Antrag auf Pflegeeinstufung/-geld

Kreisgruppe Unna

18. Oktober, 15:00 Uhr, Neuwahlen Seniorenvorstand, Buxtorfhaus, Perthesstr. 8, 59174 Kamen

NACHRUFE

Waltraud Hetfeld	22.03.1942	Bergisches Land	Wilhelm Adorf	25.09.1919	Erfstkreis
Lina Helene Schneider	25.01.1992	Bergisches Land	Theodor Albrecht	12.11.1920	Essen/Mülheim
Klaus Steffen	10.08.1936	Bielefeld	Meta Berger	19.07.1916	Essen/Mülheim
Erich Arp	14.02.1932	Bochum	Ingrid Rolle	24.09.1941	Euskirchen
Manfred Kirch	23.08.1936	Bochum	Wolfgang Scholz	20.12.1928	Euskirchen
Adolf Schleicher	09.08.1938	Bonn	Käthe Debuch	13.08.1925	Heinsberg
Franz Schmidt	27.03.1921	Bonn	Rolf Weinberger	07.01.1933	Köln
Manfred Schnitzer	29.10.1935	Bonn	Petra Lofi	26.01.1971	LKA
Norbert Herking	07.06.1953	Borken	Bernhard Nolte	26.02.1957	Märkischer Kreis
Gregor Vennes	09.02.1938	Borken	Werner Voigt	13.11.1919	Oberberg. Kreis
Bernhard Rottmann	03.12.1922	Coesfeld	Hans-Jürgen Droese	12.12.1930	Recklinghausen
Susanne Panek	30.10.1961	Duisburg	Gerhard Herholz	20.12.1934	Recklinghausen
Karl Springer	09.01.1932	Duisburg	Horst Keinhörster	16.09.1939	Recklinghausen
Thea Monschau	20.11.1923	Düren	Paul Neeff	22.11.1925	Solingen
Kai Faets	18.09.1962	Düsseldorf	Mathilde Lammers	30.10.1919	Steinfurt

